



**Solidarité
sans frontières**

SEITE 3

**Konferenz:
Teilhabe statt
Ausgrenzung**

Eine andere
Migrationspolitik
ist möglich

SEITEN 7 – 10

**Dossier
#StoppDublin-
Kroatien**

Aktuelles von der
Kampagne

SEITEN 14 – 16

**Sans-Papiers
Basel**

Von der Kraft des
Durchhaltens



Editorial

Die Schweiz ist im Wahljahr. Wie erwartet schießt die SVP dabei aus allen Rohren und zeigt ihr fremdenfeindliches und rassistisches Gesicht. Begleitet von Medien wie der Sonntagszeitung und der NZZ, hämmert sie das Bild von Migration als Gefahr ins öffentliche Bewusstsein. Migration wird als Bedrohung für den hiesigen

Wirkung: Es öffnet eskalierender Gewalt gegen Migrant:innen die Tür. Diese zeigt sich in unterschiedlicher Form. In der Schweiz werden Asylsuchende in brutalen Polizeieinsätzen aus psychiatrischen Einrichtungen direkt abgeschoben. In Deutschland fühlen sich gewalttätige Neonazis so sicher, dass sie in T-Shirts

ganzen Gruppen von Migrant:innen, die an der tunesisch-libyschen Grenze von libyschen und tunesischen Grenzschutzbeamten hin- und hergeschoben werden, sind schrecklich. Und die Antwort von Europa auf die eskalierende Gewalt in Tunesien? Die bestand nicht etwa in mahnenden Worten an die tunesische Regierung, sondern in der Stärkung der gewaltvollen tunesischen Politik mit gemeinsamen öffentlichen Auftritten und einem Hilfspaket von 900 Millionen Euro. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stand dabei lächelnd neben Tunesiens Präsident Saïed.

Die voranschreitende Entrechtung und die Normalisierung von Gewalt sollten uns allen grosse Sorgen bereiten. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten braucht es wuchtige Allianzen. Dafür sollten wir uns nicht nur an den Abschottungsdiskursen der SVP und ihrer Verbündeten abarbeiten, sondern unsere eigenen Überzeugungen ins Zentrum katapultieren: Den Glauben an eine andere Migrationspolitik und eine solidarische Gesellschaft.

(Ln)

«Dafür sollten wir uns nicht nur an den Abschottungsdiskursen der SVP und ihrer Verbündeten abarbeiten, sondern unsere eigenen Überzeugungen ins Zentrum katapultieren: Den Glauben an eine andere Migrationspolitik und eine solidarische Gesellschaft.»

Wohlstand bezeichnet, Migrant:innen als Gefahr für die Sicherheit. Dabei zeigt sich auch, wie sehr die Partei mit Rechtsextremen verzahnt ist. Die SVP geht Listenverbindungen mit der immer weiter nach rechts abdriftenden Gruppe MassVoll und dessen Aushängeschild Nicolas Rimoldi ein. Dieser wiederum ist eng mit dem neofaschistischen Wiener Martin Sellner verbandelt. Rimoldi besuchte kürzlich Schulter an Schulter mit Neonazis eine Demonstration in Wien und fabuliert von der rechtsextremen Apartheididee der Remigration, also der völkisch begründeten Rückführung nicht-europäischer Migrant:innen. Die SVP und die extreme Rechte: Sie gehen Hand in Hand.

Doch leider zeigt das laute Geschrei der Rechten und die Komplizenschaft reichweitenstarker, bürgerlicher Medien

mit Reichsflagge Asylunterkünfte angreifen. Ein solcher Angriff ereignete sich am 22. Juli 2023 in Sebnitz im Osterzgebirge. Im Mittelmeer starben dieses Jahr erneut Tausende Flüchtende – alleine beim Massaker vor Pylos ertranken am 14. Juni wohl über 600 Menschen. Und das obwohl sämtliche Behörden der Region und auch Frontex während Stunden über das komplett überfüllte Boot informiert waren. Doch gewaltvolle Migrationspolitik reicht weit über das Mittelmeer hinaus. Das zeigte sich diesen Frühling in Tunesien. Der autoritär regierende tunesische Präsident Kais Saïed lancierte eine regelrechte Hetzkampagne gegen subsaharische Migrant:innen. Diese wurden im ganzen Land verfolgt und entweder vertrieben, zusammengeschlagen oder gewaltsam abgeschoben. Die Videos von

Die Bilder stammen von der Reise einer Delegation der Kampagne #StoppDublinKroatien im Juli 2022 und wurden von Annika Lutzke aufgenommen. Sie zeigen Porin, ein Lager für Geflüchtete in Zagreb.



Save the date: 23.09.2023, Konferenz

Teilhabe statt Ausgrenzung!

Mit einer solidarischen und zukunftsweisenden Migrationspolitik
Prekarisierung und Rassismus überwinden.

Seit Jahrzehnten geben rechtspopulistische Parteien bei der Diskussion über Migration den Ton an. Sie erreichten damit, dass in der Öffentlichkeit Migrant*innen vorwiegend als Problem und Gefahr für Sicherheit und Wohlstand wahrgenommen werden. Dieser menschenverachtende Diskurs bestimmt die Praxis von Parlament und Verwaltungen – immer weitere Entrechtung wird beschlossen und umgesetzt.

Info:

Berner Generationenhaus, Bahnhofplatz 2, ab 12 Uhr, organisiert von Solidarité sans frontières, VPOD/SSP, Unia und Solinetze.ch

Diese Politik, die Menschen auf der Flucht abweist, Menschen mit Migrationsgeschichte prekariert, Personen ohne Schweizer Pass die politische Partizipation verweigert und Armutsbetroffene ausschafft, ist gefährlich. Auf diese Weise wird Angst, Misstrauen und Unsicherheit erzeugt – potentiell für alle Menschen in unserer Gesellschaft.

Von der Bewegung – für alle

Wir solidarische Menschen wollen dagegenhalten. Mit unserer Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung!» zeigen wir auf, wie eine solidarische, progressive und inklusive Migrationspolitik aussehen muss und fordern diese von der offiziellen Politik ein. Im Zentrum der Konferenz stehen die Themenbereiche «Bewegungsfreiheit statt Grenzen», «Würde und Rechte statt Illegalisierung», «Ökonomische und soziale Teilhabe» sowie «Politische Partizipation».

Gruppen, Organisationen und soziale Bewegungen vernetzen sich im Vorfeld der Konferenz, stellen dort ihr Engagement für eine bessere Migrationspolitik vor und geben unseren Kämpfen mit einem gemeinsamen Forderungskatalog an die Politik neue Impulse.

Im Sommer 2023 tauschten sich Gruppen, Organisationen und soziale Bewegungen zu den oben genannten Themen aus. Diese Treffen ermöglichten den Organisationen, sich gegenseitig besser kennen zu lernen und ihre Kämpfe, ihre Forderungen, ihre Erfolge, aber auch ihre Niederlagen zu diskutieren. Gemeinsam haben sie Feststellungen zur Migrationspolitik formuliert und die Umriss einer gerechteren, solidarischeren und zukunftssträchtigeren Politik skizziert. Gemeinsam haben sie vorbereitet, was auf der Konferenz am 23. September Thema sein soll.

«Die Konferenz richtet sich vor allem an Journalist:innen und Politiker:innen und soll ihnen zeigen, dass die Asylrechtsbewegung in der Schweiz breit, vielfältig und kämpferisch ist.»

Forderungen stärken!

Die Konferenz richtet sich vor allem an Journalist:innen und Politiker:innen und soll ihnen zeigen, dass die Asylrechtsbewegung in der Schweiz breit, vielfältig und kämpferisch ist. An diesem Tag können Politiker:innen und Journalist:innen mit zahlreichen Gesprächspartner:innen in Kontakt gebracht werden: Organisationen, die tagtäglich Fachwissen über Migration entwickeln, das manchmal in den Medien oder in politischen Debatten unbemerkt bleibt.

Es geht auch darum zu zeigen, dass eine solidarische und nachhaltige Migrationspolitik möglich ist, und dass viele Organisationen vor Ort bereits täglich daran arbeiten.

Für die breite Öffentlichkeit werden die Überlegungen, die im Vorfeld und während der Konferenz angestellt wurden, veröffentlicht, um die Forderungen der Asylbewegung für die nächste Legislaturperiode zu stärken.

Alle Informationen finden sich auf der Sosf-Website, www.sosf.ch.

(Sg)



Agentur mit viel Macht und wenig Kontrolle

ICMPD: 30 Jahre im Dienst der Abschottung

Vor 30 Jahren gründeten zahlreiche Staaten in Wien das International Centre for Migration Policy Development (ICMPD). Auch die Schweiz war mit dabei. Ihr offizielles Ziel ist «making migration better». Doch in der Praxis beteiligt sich die Organisation auf unterschiedlichen Ebenen an der Abschottung Europas.

ICMPD wurde unter dem Eindruck der Jugoslawien-Kriege 1993 von der Schweiz angeregt, mit Oesterreich zusammen als private internationale Organisation gegründet und massgeblich finanziert¹. Sie hat ihren Sitz in Wien. Ihr erklärtes Ziel: eine Plattform für eine informelle internationale Zusammenarbeit zwischen betroffenen Staaten zu schaffen und einen effektiven Dienstleistungsbetrieb zur internationalen Kooperation im Migrations- und Asylbereich bereitzustellen.

Bei ICMPD sind heute – neben der Schweiz und Oesterreich – 17 weitere europäische Staaten Mitglieder, darunter etliche Balkanstaaten und die Türkei. Die Organisation ist weltweit in 90 Ländern präsent. In einer

gezeigt, dass das ICMPD für die Schweiz eine wichtige Drehscheibe für Informations- und Dienstleistungsvermittlung in Asyl- und Migrationsfragen darstellt sowie eine Einbindung in die politische Diskussion mit der EU, die Teilnahme an EU-Projekten und eine aktive Unterstützung bei der Lösung von praktischen Problemen, so z.B. im Bereich Rückkehr, ermöglicht.»

Und die Ziele und Tätigkeit der Organisation hat er wie folgt umrissen:

ICMPD «entwickelt und fördert mit Hilfe seiner asyl- und migrationsspezifischen Sachkenntnis Langzeitstrategien in Migrationsfragen und stellt dazu einen wirkungsvollen Konsultationsmechanismus bereit». Zudem

sollte ICMPD europäischen Regierungen und Organisationen «Dienstleistungen in den Bereichen Asyl und Migration» und sich für die «Bekämpfung der irregulären Migration» einsetzen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den Regionen in Mittel- und Südosteuropa, stets mit dem Ziel der verstärkten Migrationskontrolle: «Nicht zuletzt hat ICMPD die Schweiz während und nach den kriegesischen Auseinandersetzungen in Bosnien und Herzegowina sowie in Kosovo insbesondere bei der Rückführung abgewiesener Asylsuchender und nicht mehr schutzbedürftiger Personen aktiv unterstützt».

«Unter dem ICMPD-Motto «making migration better» stand von Anfang an die Vorstellung im Vordergrund, Migration müsse europa- und weltweit gesteuert und «irreguläre» Migration solle mit staatlichen Mitteln bekämpft werden.»

Antwort auf eine Medienanfrage schrieb das Staatssekretariat für Migration 2022 über den Fokus der Organisation: «ICMPD verfolgt ein Drei-Säulen-Konzept zur Migrationssteuerung, das Forschung, Migrationsdialoge und Kapazitätsaufbau strukturell miteinander verbindet. Die Durchführung von entsprechenden Projekten gehört zum Aufgabenbereich von ICMPD dazu.»

Geschichte der ICMPD

Im Frühjahr 2003 verlangte der Bundesrat die Genehmigung zum Beitritt der Schweiz an der – nunmehr internationalen staatlichen – Organisation ICMPD. Zu ihrer Geschichte hielt der Bundesrat damals fest:

«Die Schweiz war massgeblich am Zustandekommen und an der Gründung des ICMPD beteiligt. [...] Es hat sich

ICMPD entwickelte sich in den letzten 30 Jahren zu einem wichtigen Akteur für die voranschreitende Auslagerung der Migrationskontrolle. Das unterstrich eine im Frühjahr 2023 erschienene Publikation der Deutschen Rechercheorganisation «Frag den Staat». Darin zeigen die Journalist:innen unter anderem auf, dass ICMPD Bosnien dafür kritisiert, dass 90 Prozent des Budgets für «Grundbedürfnisse von Migranten» verwendet werden, anstatt für Migrationsmanagement². Und die Recherche enthüllt, dass ICMPD am Bau einer geschlossenen Hafteinrichtung im Geflüchtetenlager im bosnischen Lipa beteiligt war. Ein Vorhaben, das in der Folge gestoppt wurde, weil dabei laut Medienberichten aus Bosnien lokale politische Entscheidungsprozesse missachtet und mutmasslich gegen bosnische Gesetze verstossen wurde.



Migrationskontrolle um jeden Preis

Unter dem ICMPD-Motto «making migration better» stand von Anfang an die Vorstellung im Vordergrund, Migration müsse europa- und weltweit gesteuert und «irreguläre» Migration solle mit staatlichen Mitteln bekämpft werden. Das wurde jedoch nicht via regulärem Gesetzgebungsprozess verhandelt, sondern bei Absprachen in Hinterzimmern, wie der Bundesrat erstaunlich offen schrieb:

«Die Idee, das ICMPD zu gründen, geht auf ein von der Schweiz im Herbst 1992 initiiertes Treffen eines kleinen Kreises von Regierungsvertretern verschiedener europäischer Staaten zurück». Mit Blick auf die Migrationsbewegungen rund um die Kriege in den Balkanstaaten hiess es ergänzend: «Es wurde deutlich, dass die Frage der Migration nicht ausschliesslich auf nationaler Ebene angegangen werden kann, sondern intensiver internationaler Zusammenarbeit und eines internationalen Lastenausgleichs bedarf». Die Botschaft des Bundesrats machte zudem deutlich, dass bei ICMPD schon zu Beginn namentlich polizeiliche und grenzsicherheitliche Interessen im Vordergrund standen. ICMPD fördere «mit seinen Aktivitäten die zwischenstaatliche Kooperation in europäischen Grenzkontrollfragen, mit dem langfristigen Ziel, illegalen Migrationsbewegungen wirksam zu entgegnen».

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, scheut ICMPD keine Zusammenarbeiten, wie die Recherchen von «Frag den Staat» aufzeigen. Während ICMPD kaum Transparenzpflichten hat, arbeitet es mit zahlreichen Akteuren zusammen, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant:innen in Verbindung gebracht werden: «ICMPD unterstützt direkt und indirekt die Küstenwache in Libyen, Marokko und Tunesien», heisst es da. Und hilft dabei, die europäische Aussengrenze immer weiter nach Afrika auszulagern. Zudem schafft ICMPD Räume, um abseits der Öffentlichkeit über migrationspolitische Strategien zu diskutieren, insbesondere über Migrationskontrolle in Drittstaaten, effektive Rückführungen oder weitere Asylrechtsverschärfungen. Das ist demokratiepolitisch ein Problem: Denn wer kontrolliert jene, die Migration immer schärfer und unter Einsatz von militä-

rischen Mitteln kontrollieren wollen? Im Fall von ICMPD kaum jemand, ausser kritische Berichterstatte:rinnen wie «Frag den Staat» oder Journalist:innen.

Die Schweiz wird bis heute aktiv bei ICMPD mit. Ein Blick in die Beteiligung der Schweiz an ICMPD-Programmen zeigt: diese ist finanziell und personell an Aktivitäten der Organisation in der Türkei, im Libanon, in Libyen, Bosnien-Herzegowina oder Kosovo beteiligt. Alles Staaten, in denen Grundrechte von Migrant:n:n durch Programme der Migrationskontrolle täglich verletzt werden.

Vor diesem Hintergrund mutet es zynisch an, dass ICMPD für sich beansprucht, Migration besser zu machen. Hunderttausende Menschen leiden unter der Politik, die ICMPD mitgestaltet und mitträgt.

(Pf) und (Ln)

¹ Die Schweiz hat bis 2003 mindestens 10 Mio. CHF bezahlt; das Jahresbudget von ICMPD beträgt heute 371 Mio. €, das zu rund 56% von der EU-Kommission finanziert wird. Sie beschäftigt 487 Angestellte.

² Migrationsmanagement ist gemäss dem Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik ein politisches Konzept, das auf die Aufrechterhaltung globaler Machtverhältnisse durch die Steuerung von Migrationsbewegungen abzielt.

Der Kampf für ein menschenwürdiges Wohnen

Solidarische Strukturen in Triest stellen Wohnungen für Asylsuchende im Stadtzentrum zur Verfügung. Die neofaschistische italienische Regierung will das unterbinden. Sie möchte Schutzsuchende in Camps an den Rand der Gesellschaft drängen.

Die italienische Hafenstadt Triest liegt am Ende der Balkanroute. Es ist der Ort, an dem sich Schutzsuchende ein Ende der physischen und psychischen Strapazen, denen sie aufgrund von Pushbacks und Grenzgewalt auf der Balkanroute ausgesetzt sind, erhoffen.

Doch nur für 30 Prozent der Menschen, die in Triest ankommen, ist Italien das Ziel ihrer Migration. Das erzählt Gianfranco Schiavone, Vorsitzender der italienischen Hilfsorganisation Consorzio Italiano di Solidarietà (ICS). Siebzig Prozent der über die Balkanroute ankommenden Schutzsuchenden lassen sich nicht in Italien registrieren. Sie ziehen weiter nach Frankreich oder über die Schweiz in Richtung Deutschland und skandinavische Länder. Für die Menschen, die in Italien bleiben

Doch auch ohne Überfüllung sind die offiziellen Camps am Stadtrand keine menschenwürdigen Wohnorte. Casa Malala, eines der beiden Camps, liegt abgeschieden in den waldigen Hügel oberhalb der Stadt. Die Busfahrt ins Stadtzentrum dauert eine Stunde. Der Bus kommt nur fünfmal am Tag. Die Unterkunft liegt zwischen einer Autobahnauffahrt, einer Schnellstrasse und riesigen LKW-Parkplätzen. Gehwege gibt es nicht. Die slowenische Grenze ist nur wenige hundert Meter entfernt. Das gelbe Haus, das mit Kameras an der Fassade überwacht und mit einem roten Zaun abgesperrt ist, gleicht einem Gefängnis. Vor dem Zaun sind Geländefahrzeuge des italienischen Militärs geparkt. Ob die Soldat:innen wegen der Unterkunft oder der Grenze da sind, ist unklar. Klar ist: Das ist

«Für die Menschen, die in Italien bleiben möchten, beginnt nach ihrer Ankunft in Triest der langwierige, bürokratische und ungewisse Asylprozess.»

möchten, beginnt nach ihrer Ankunft in Triest der langwierige, bürokratische und ungewisse Asylprozess.

Nachdem die Schutzsuchenden ihr Asylgesuch offiziell bei den Behörden registriert haben und ihre Daten und Fingerabdrücke erfasst wurden, werden sie in einem der beiden staatlich organisierten Camps am Stadtrand untergebracht. Als im Sommer und Herbst 200–400 Menschen pro Woche über die Balkanroute ankamen, reichten weder die Schlafplätze in den drei von Nichtregierungsorganisationen betriebenen Notschlafstätten, noch die Betten in den offiziellen Camps. Es wurden provisorisch Zelte auf dem Gelände aufgebaut, um mehr Schlafraum zu schaffen. Trotzdem mussten Hunderte Menschen draussen, in einem verlassenem Gebäude zwischen Hauptbahnhof und Hafen schlafen.

kein angenehmer Wohnort, keine lebensfreundliche Umgebung. Schutzsuchende werden hier zusammengepfercht und an den geographischen, wie sozialen Rand der Gesellschaft gedrängt.

Diese «Campisierung» ist Teil der rassistischen, migrationsfeindlichen Politik der neofaschistischen italienischen Regierung. Grosse Camps machen den Menschen Angst, erklärte Schiavone. Und genau diese Angst braucht die italienische Premierministerin Georgia Meloni, um das rassistische Narrativ von «bösen» Migrant:innen zu nähren, welches sie für ihren Machterhalt instrumentalisiert. Die Campisierung ist eben auch politisches Kalkül.

Das es auch anders, menschenfreundlicher und friedlicher geht, beweist das Unterbringungsmodell von ICS. Sie mieten Wohnungen im Stadtzentrum und

bringen Asylsuchende dort unter. Zwei Mehrfamilienhäuser und einige einzelne Wohnungen, die in der Stadt verteilt liegen, werden von ICS gemietet und von den Mitarbeiter:innen betreut. Asylsuchende wohnen dort selbstbestimmt und autonom. Für die Unterbringung der Menschen erhält ICS eine Pauschale von 28€ pro Tag pro Person von der Regierung. Davon zahlen sie die Miete, sowie Nebenkosten. Die Asylsuchenden erhalten ausserdem 30€ pro Woche für Verpflegung. Das ist nicht viel, aber die Pauschale ermöglicht zumindest eine eigenständige, selbstbestimmte Verpflegung.

Durch das Unterbringungssystem von ICS sind die Asylsuchenden Teil der Stadtbevölkerung. Sie sind normale Nachbar:innen und gliedern sich in die Triester Gesellschaft ein. Das ist ein Dorn im Auge der rechten Politiker:innen. Angst vor Migration ist die Grundlage für den Erfolg ihrer populistischen, rechten Politik. Aufgrund dessen ist ICS immer wieder politischen Attacken ausgesetzt. So wurde mit der Begründung, die Asylsuchenden benötigten kein Ticket für den Öffentlichen Verkehr, die Unterbringungs-pauschale von 35€ auf 28€ heruntersetzt. Die Finanzierung von Kleidung wurde ebenfalls gestrichen. Bei jedem neuen öffentlichen Vergabeverfahren muss ICS ausserdem fürchten, dass sie nicht wieder mit der Unterbringung der Menschen beauftragt werden. Ihr gutes Ansehen in der Stadt, die Tatsache, dass sie bereits die Infrastruktur und das Know-How haben und ihr System sich ökonomisch lohnt, führt momentan noch dazu, dass die Regierung nicht anders kann, als sie zu beauftragen. Trotzdem ist es nicht sicher. Sollte die Kapazität der Campinfrastruktur zunehmen, würde dies die Unterbringung im Stadttinneren durch ICS gefährden. Nicht nur die rechten Politiker:innen und Unternehmen, die Campinfrastruktur herstellen und aufbauen drängen auf eine Campisierung. Auch grosse NGOs, die Camps betreiben und somit an der Einpferchung und Abschottung der Schutzsuchenden verdienen, sprechen sich vermehrt für Camps aus.

Triester Aktivist:innen und die Mitarbeiter:innen von ICS trotzen dem politischen Gegenwind. Sie halten dem Druck stand und kämpfen weiter für eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden in ihrer Stadt.

Marita Fischer

Dossier: #StoppDublinKroatien

Delegationsreise nach Kroatien – neuer Bericht

Seit Monaten fordert die Kampagne «#StoppDublinKroatien», dass Dublin-Rückführungen nach Kroatien endlich gestoppt werden. Die Forderungen prallen an den Behörden ab. Ein neuer Bericht von Sosf zeigt auf, warum die Behördenargumentation problematisch ist.

Seit Sommer 2022 haben die Droit de Rester Kollektive in der Romandie einen starken Anstieg von Personen festgestellt, die einen Nichteintretensentscheid auf ihren

Asylantrag erhalten haben, der mit dem Dublin-Abkommen begründet wurde: Weil die Personen über Kroatien in den Schengen/Dublin-Raum eingereist sind, ist Kroatien nun für ihren Asylantrag zuständig. Die recht-

lichen Mittel waren schnell ausgeschöpft: Keine einzige Beschwerde war erfolgreich.

Dies, obwohl die Berichte über ihre Einreise nach Kroatien konsistent sind und von massiven Verletzungen ihrer Rechte durch die kroatische Polizei zeugen: Die

Der im Text zitierte Bericht ist hier vollständig zu lesen:
<https://bit.ly/sosfkroatien> oder als gedruckte Kopie zu bestellen bei sekretariat@sosf.ch

«Die rechtlichen Mittel waren schnell ausgeschöpft: Keine einzige Beschwerde war erfolgreich.»

meisten konnten erst nach mehreren Versuchen, die von Pushbacks und Gewaltanwendung begleitet waren, in das kroatische Hoheitsgebiet einreisen. Einmal im Land, mussten sie Dokumente unterschreiben, die sie nicht verstanden, einige wurden inhaftiert, ohne zu wissen, warum. Viele erhielten das berühmte 7 days paper, mit dem sie sich wieder auf den Weg machen konnten, um in die Schweiz zu gelangen.

Seit Oktober 2022 organisieren sich diese Menschen in der Kampagne #StoppDublinKroatien. Diese wurde von Droit de Rester (DdR) und Solidarité sans frontières (Sof) ins Leben gerufen und bald von verschiedenen Basisorganisationen der Schweizer Asylbewegung getragen: unter anderen Migrant Solidarity Network, ExilAktion, MASM4, und Solidarité Tattes. Die Gewalt an der Grenze zu und in Kroatien wurde sowohl durch Berichte von NGOs als auch

durch journalistische Recherchen ausführlich thematisiert. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Amnesty International (AI), die Präsidien der Grünen und der SP haben Aufrufe zum Stopp von Rückführungen nach Kroatien formuliert.

Nichtsdestotrotz erlassen die Schweizer Asylbehörden weiterhin Wegweisungsentscheide und vollziehen sie. Laut dem SEM wurden für das Jahr 2023 bisher 985 Nichteintretensentscheide verfügt und 6710 Wegweisungen vollzogen.[...]

Damit beginnt der im Juni 2023 erschienene Bericht von Sosf, nachdem eine Delegation während einer Woche in Kroatien unterwegs war, um sich selber ein Bild der Situation vor Ort zu machen. Die Delegation führte 17 Interviews mit Asylsuchenden und Hintergrundgespräche mit vier in Kroatien tätigen NGOs sowie mit Mitgliedern des Teams der Ombudsfrau und einer Mitarbeiterin des Büros der Ombudsfrau für Kinderrechte. Drei Geflüchtete wurden im Nachhinein noch telefonisch befragt.

Der Bericht unterstreicht die seit Monaten formulierte Forderung: Rückführungen nach Kroatien müssen sofort gestoppt werden. Zusammenfassend hält er fest: «In Kroatien sind die Aufnahmebedingungen nicht angemessen, der Zugang zu medizinischer Versorgung ist unzureichend, das Asylverfahren kann nicht als fair bezeichnet werden und die Gefahr einer Verletzung von Art. 1 und 33 FK und Art. 3 EMRK ist erheblich, die Rechte der Kinder werden nur beschränkt respektiert, die Garantien der UN-Konvention gegen Folter werden nicht eingehalten und die Schweiz trägt eine grosse Verantwortung für die Verschlechterung der psychischen Gesundheit der zurückgeführten Personen und strapaziert die kroatischen Aufnahmestrukturen zusätzlich.»

Solidarité sans frontières und Droit de Rester

Fortschritte der Kampagne #StoppDublinKroatien

Die wackelige Argumentation des SEM

Seit fast einem Jahr muss sich das Staatssekretariat für Migration (SEM) regelmässig für Dublin-Rückführungen nach Kroatien rechtfertigen. Lange Zeit bewegte sich seine Rhetorik kein Jota [vgl. Sosf-Bulletin vom Januar]. Doch mehrere Ereignisse in der Schweiz und in Kroatien bringen die Position vom SEM in Bedrängnis.

Im März wurde die Wegweisungspraxis des SEM durch ein wegweisendes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) zementiert. Dieses Urteil wurde von vielen Jurist:innen als unverständlich bezeichnet [vgl. Seite 9]. Kürzlich begründete Martin A. Küng, ein Gerichtsschreiber des BVGer, auf dem sozialen Netzwerk LinkedIn gar seinen Rücktritt als Folge dieses Referenzurteils. Küng ist der Ansicht, dass das Urteil «zu einer Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention führt». Er betont in einem Artikel der Westschweizer Zeitung Le Courrier den politischen Charakter des Urteils.

Im Juni informierte Solidarité sans frontières (Sosf) das SEM über die Einstellung der Aktivitäten von Médecins du Monde, eine belgischen NGO, die für die medizinische Versorgung im kroatischen Aufnahmezentrum Porin in Zagreb zuständig war. Die NGO musste ihre Arbeit einstellen, da ihr Mandat abgelaufen war und nicht verlängert wurde. Das SEM reagierte nicht auf die Information. Die Abschiebungen von der Schweiz nach Kroatien gingen weiter, als ob nichts geschehen wäre.

Man könnte meinen, dass es angesichts solcher Entwicklungen und der Beratungsresistenz der Behörden sinnlos ist, zu versuchen, die Politik der Rückführungen nach Kroatien zu beeinflussen. Doch der Druck wirkt: Nach der Veröffentlichung des ersten Berichts zu Rückführungen nach Kroatien im Dezember 2022 und nach der medialen Aufmerksamkeit rund um die dazugehörige Petition, beauftragte das SEM die Schweizer Botschaft vor Ort, Informationen über die Situation in Kroatien einzuholen. Zudem besuchte die Direktorin des SEM, Christine Schraner Burgener, am 13. und 14. Juli dieses Jahres das Land.

Mediale Ablenkungsmanöver

Am 14. Juli wurde in einer Pressemitteilung angekündigt, dass «das SEM die Migrationsstrukturen in Kroatien unterstützt». Wer tiefer gräbt stellt jedoch fest, dass die angekündigten 860 000 CHF ein UNICEF-Programm für ukrainische Kinder fortsetzt, das die Schweiz bereits mitfinanziert. Eine Delegation der Migrationscharta, die im Juli ebenfalls nach Kroatien reiste, brachte zudem in Erfahrung dass das SEM in Zukunft Médecins du Monde direkt unterstützen wird. Dies, damit die Organisation die medizinische Grundversorgung so lange sicherstellen kann, bis ihr Vertrag verlängert wird.

Diese Unterstützung, deren genauen Umfang unbekannt ist, wurde sehr diskret angekündigt. Dass die Schweiz in Kroatien das Engagement einer NGO in einem offiziellen Lager zur Sicherstellung der medizinischen Mindestversorgung finanzieren muss, ist ein eindrücklicher Beweis, dass die kroatischen Asyleinrichtungen nicht in der Lage sind, Asylsuchende angemessen zu betreuen. Das ist ein verstecktes Geständnis von dem, was die Kampagne seit Monaten sagt: Das kroatische System weist Mängel auf.

Die Direktorin des SEM hätte nicht nach Kroatien reisen müssen, um dies zu erfahren. Es gibt zahlreiche Berichte von NGOs, die vor der Situation in Kroatien warnen. Wäre Schraner Burgener wirklich nach Zagreb gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen, hätte

«Wäre Schraner Burgener wirklich nach Zagreb gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen, hätte sie mehr Zeit im Asylzentrum Porin verbracht und mit Personen gesprochen, die aus der Schweiz zurückgeschickt wurden.»

sie mehr Zeit im Asylzentrum Porin verbracht und mit Personen gesprochen, die aus der Schweiz zurückgeschickt wurden. Stattdessen machte sie unseren Quellen zufolge lediglich eine kurze Stippvisite, und reiste wieder ab, ohne sich mehr angesehen zu haben, als das kroatische Innenministerium sie sehen lassen wollte. Eine Person vor Ort sagte gegenüber Sosf: «Sie [die kroatischen Behörden] sind sehr gut darin, zu zeigen, wo es keine Kakerlaken gibt».

Und trotzdem: Diese Entwicklungen zeigen, dass der Druck, der seit Beginn der Kampagne #StoppDublinKroatien auf das SEM ausgeübt wird, Wirkung zeigt. Die Reaktionen sind natürlich nicht so, wie von der Kampagne und Betroffenen gefordert, aber sie zeigen, die Argumente des SEM in Bedrängnis sind – seine beschönigenden Darstellungen über die Zustände in Kroatien wackeln. Es liegt an uns, den Druck weiterhin aufrecht zu erhalten.

(Sg)

Ein richtungsweisendes Urteil, das Fragen aufwirft

Kroatien wird wegen der Misshandlung von Asylsuchenden stark kritisiert. Dennoch führt die Schweiz vermehrt Personen zurück, die dort durchgereist sind. Sie stützt sich dabei auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das diese Rückführungen erlaubt. Reflexion eines Rechtsvertreters von Asylsuchenden in der Schweiz.

In einem Referenzurteil vom 22. März 2023 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVGer) seine Position bezüglich der Überstellung von Personen, die in der Schweiz einen Schutzantrag gestellt haben, nach Kroatien in Anwendung der Dublin-Verordnung geklärt. Dieses Urteil war aufgrund der wichtigen Fragen, die die aktuelle Schweizer Praxis aufwirft, Gegenstand eines internen Koordinationsverfahrens des BVGer. Das BVGer entschied vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs der Zahl der Dublin-Verfahren von Personen, die durch Kroatien gereist sind. Zahlreiche Zeug:innenaussagen und Berichte belegen die Praxis der Zwangsabschiebungen und der unverhältnismässigen Gewaltanwendung durch die kroatischen Behörden an den Grenzen.

Das BVGer betonte die Realität dieser Praktiken und erinnerte daran, dass Kroatien in erster Linie ein Transitland ist, in dem Migrant:innen kein Asyl beantragen wollen. Das Gericht vertrat jedoch die Ansicht, dass die Situation anders aussieht, wenn sie im Rahmen eines Dublin-Verfahrens überstellt werden. In diesem Fall sieht das BVGer den Zugang zum Asylverfahren

als gewährleistet und es findet keine ausreichenden Gründe, um auf Überstellungen zu verzichten.

Ein Aufenthalt hinterlässt Spuren

Dieses Urteil hat im Rechtsschutzteam von Caritas Schweiz, das seit vielen Monaten Dutzende von Personen, die über Kroatien eingereist sind, begleitet und vertritt, eine ganz besondere Resonanz ausgelöst. Dabei fielen uns die Heftigkeit und die Wiederholung der Erzählungen über die Ereignisse in Kroatien auf. Brutale und wiederholte Zurückweisungen an der Grenze zu Bosnien und Herzegowina und Serbien, verbale, körperliche und manchmal sexuelle Gewalt, fehlende Informationen über das Asylverfahren, Abnahme von Fingerabdrücken und Unterzeichnung von Dokumenten ohne Dolmetscher und unter Zwang.

Obwohl der Aufenthalt in Kroatien in der Regel auf wenige Tage beschränkt ist, hat er besonders negative Auswirkungen auf den physischen und psychischen Gesundheitszustand von Betroffenen. Diese sind oft bereits durch ihre Erfahrungen im Herkunftsland, ihre Migrationsgeschichte

und die mit ihrem Asylverfahren verbundene Ungewissheit geschwächt. Die Aussicht, nach Kroatien zurückgeschickt zu werden, ist eine tiefe Quelle der Angst, die neue und alte Traumata wieder aufleben lässt. Oftmals erfordert sie eine umfassende medizinische Betreuung während des Verfahrens in der Schweiz.

Ist Kroatien glaubwürdig?

Letztendlich bestätigte das Urteil des BVGer die sehr restriktive Praxis des Staatssekretariats für Migration (SEM) bei der Anwendung der Dublin-Verordnung auf in Kroatien registrierte Personen. In mehrfacher Hinsicht werfen die Schlussfolgerungen Fragen auf.

Kann angesichts dessen was sich an der Grenze Kroatiens abspielt, auf rechtlicher Ebene die Annahme, dass Kroatien die internationalen Menschenrechtsstandards einhält, die das Herzstück des Dublin-Systems bildet, noch gültig aufrechterhalten werden? Kann man in diesem Zusammenhang wirklich davon ausgehen, dass die wiederholten Verletzungen der Grundrechte von Migrant:innen an den Grenzen – wenn auch in geringerem Ausmass – infolge ihrer Rückführung nach Kroatien nicht erneut stattfinden werden? Ich beabsichtige, in den nächsten Monaten nach Kroatien zu reisen, um mir selbst ein Bild zu machen», sagte die Staatssekretärin für Migration, Christine Schraner Burgener, kürzlich. «Davon abgesehen ist festzuhalten, dass die europäischen Innenminister, die für Migration zuständig sind, der Meinung sind, dass die Asylverfahren dort korrekt durchgeführt werden.»

Welche Bedingungen für die Aufnahme, die medizinische Versorgung und den Zugang zu einem fairen Asylverfahren können Menschen, die nach Kroatien zurückgeschickt werden, auf menschlicher Ebene erwarten? In einem Land, das 2022 eine Rekordzahl an Asylanträgen zu verzeichnen hatte, im gesamten Jahr jedoch nur 21 Schutzstatus zuerkannt hat? Wie werden Frauen, Männer und Kinder, die aus Ländern wie Afghanistan, der Türkei oder Burundi geflohen sind, ihre sichtbaren und unsichtbaren Wunden heilen und in einem Land, in dem ihnen offensichtlich klargemacht wurde, dass sie nicht willkommen sind, in die Zukunft blicken können?

Guillaume Béger, Rechtsschutzjurist in den Bundeszentren der Westschweiz



Kommentar: Schluss mit Dublin?

Bewegungsfreiheit ist der einzige sinnvolle politische Horizont

Seit den ersten Diskussionen über das Dublin-Abkommen in der Schweiz hat sich Sösf klar gegen das Abkommen und seine Folgen ausgesprochen. Heiner Busch, unser verstorbener Kollege, erklärte bereits 2005: «Das Dublin-Regime ist ein gewalttätiger Verschiebebahnhof gegen Flüchtlinge.»

Diese Gewalt zeigt sich zum Beispiel in der ständigen Angst vor einer Abschiebung: «Im Moment wache ich mitten in der Nacht auf und habe Albträume. Ich bin ständig am Ersticken [...]. Ich kann mir nicht vorstellen, nach Kroatien zurückzukehren. [...] Es ist, als würde man mich zurück in den Tod schicken¹.» Ebenfalls zu dieser Gewalt gehört die Verweigerung von nicht lebensnotwendiger medizinischer Versorgung für Menschen, während sie auf eine Dublin-Überstellung warten. Diese Gewalt besteht darin, dass von einer Dublin-Rückführung bedrohte Kinder nicht eingeschult werden. Etliche Kantone schicken diese Kinder nicht in die Regelschule. Und schliesslich sind es die oft brutalen Zwangsrückführungen, die die Menschen entmenschlichen und traumatisieren.

«Deshalb braucht es eine starke Zivilgesellschaft, die Grundrechte konsequent verteidigt und einfordert.»

Dublin ist politisch kompliziert zu bekämpfen: Es handelt sich um ein echtes Gefangenendilemma. Kein Land will das erste sein, das die Rückführungen aussetzt [siehe S.8]. Wenn Dublin-Rückführungen eingestellt werden, wie z. B. in Griechenland, liegt das daran, dass eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingegangen ist. Nun wissen wir aber, wie schwer es ist und wie lange es geht, beim EGMR Siege zu erringen. Menschen, die in Dublin-Staaten zurückgeschickt werden, müssen in erster Linie ihre Haut retten und haben oft nicht die Energie und

die Ressourcen, um sich auf einen langwierigen Rechtsstreit einzulassen.

Schliesslich macht Dublin keinen Sinn: Die Menschen überqueren weiterhin die innereuropäischen Grenzen, auf der Suche nach Asyl. Die meisten Personen, die beispielsweise nach Kroatien zurückgeschickt werden, bleiben dort nicht. Damit ist Dublin eine Verschwendung von Menschenleben und Ressourcen. Das Geld, das für die Repression und den Vollzug von Abschiebungen ausgegeben wird, sollte in solidarische Strukturen investiert werden, die es den Menschen ermöglichen, sich an dem Ort ihrer Wahl niederzulassen und in Würde zu leben.

Dublin zeigt auf: Politische Lösungen, die sich vom Prinzip der Bewegungsfreiheit entfernen, lassen sich nur schlecht, ungerecht und mit Gewalt umsetzen. Und trotzdem wird dieser Weg weiterverfolgt, wie der Europäische Pakt zu Migration und Asyl (NPMA) zeigt, der die Krise des Dublin-Regimes lindern soll. Die Lösung ist schlecht: Der Pakt sieht eine stärkere Militarisierung der Grenzen, die weitere Auslagerung von Asylverfahren und die Möglichkeit für Staaten vor, die Aufnahme von Asylsuchenden gegen Bezahlung zu verweigern. Die Schweiz hat in den laufenden Debatten nur eine beratende Rolle. Die jüngsten Erklärungen der Justiz- und Polizeiministerin, die von einem «historischen Schritt» und einer «festen und gerechteren Grundlage» spricht, lassen jedoch nicht auf ein heftiges Engagement für die Grundrechte schliessen. Im Gegenteil. Deshalb braucht es eine starke Zivilgesellschaft, die Grundrechte konsequent verteidigt und einfordert. Wenn die abstimmende Bevölkerung in der Schweiz über die Übernahme des EU-Rechts zu diesem Thema entscheiden muss, muss die Asylbewegung bereit sein, heftig zu intervenieren. Wie Sösf vor fast 20 Jahren beim Dublin-Abkommen.

(Sg)

¹ Von Droit de Rester gesammelte Zeugenaussage, hier zu lesen: www.sosf.ch/cms/upload/stopdublin.pdf



Aktion Vierviertel/Demokratie-Initiative

Dringend nötige Reform!

Ende Mai hat die zivilgesellschaftliche Allianz **Aktion Vierviertel** mit dem Sammeln der 100 000 Unterschriften für ihre Volksinitiative «**Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)**» begonnen. Diese

Website:

demokratie-volksinitiative.ch

will das Einbürgerungsverfahren vereinfachen und abkürzen, den jahrelangen Hürdenlauf von Gemeinde

zu Kanton und Bund und die teilweise willkürlichen Bedingungen (Stichwort: Wie viele Seen hat es im Kanton Schwyz?) ein für alle Mal abschaffen.

Das Bürgerrecht soll erhalten, «wer sich seit fünf Jahren rechtmässig in der Schweiz aufhält, nicht zu einer längerfristigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, die innere und äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet und Grundkenntnisse einer Landessprache hat». Wer fünf Jahre in der Schweiz gelebt hat, soll sich zuhause fühlen und mitbestimmen können. Das aufwändige und teure Einbürgerungsverfahren wird durch die einfachen Voraussetzungen der Initiative stark dereguliert. Die Reform ist dringend nötig, weil ein Viertel der Schweizer Bevölkerung in der Politik nicht mitbestimmen kann. Zudem hat die Schweiz die strengsten

«Sosf ist seit der Gründung Mitglied der Aktion Vierviertel, weil das Bündnis eines unserer Kernziele verfolgt: die politische Gleichstellung aller in der Schweiz lebenden Menschen.»

Einbürgerungsvorschriften von ganz Europa. Das muss sich ändern. Die Initiative wird zeigen, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist und die hier angekommenen Menschen ernst nimmt.

Sosf ist seit der Gründung Mitglied der Aktion Vierviertel, weil das Bündnis eines unserer Kernziele verfolgt: die politische Gleichstellung aller in der Schweiz lebenden Menschen. Die Website <https://demokratie-volksinitiative.ch/> führt zum Manifest, zum Unterschriftenbogen und zum Spendenbutton.

Diesem Bulletin liegen Unterschriftenbögen bei. Wir sind dankbar um eure Unterstützung bei diesem Anliegen, liebe Leser:innen!

(Pf)



Freiheit für Homayoun!

«In einem unfairen Verfahren wurde Homayoun Sabetara am 26. September 2022 wegen «Menschenschmuggels» zu 18 Jahren Haft verurteilt.» Das schreibt die

Kampagne «Free Homayoun», die diesen Sommer startete und die Freilassung von Hamayoum Sabetara fordert. Sabetara ist eine von über 2000 Personen, die in Griechenland wegen der Anschuldigung des Schmuggels im Gefängnis sitzt – es ist

die zweitgrösste Gruppe Gefangener in griechischen Gefängnissen. Wie eine im Juni 2023 veröffentlichte Studie der Nichtregierungsorganisation Borderline-Europe aus Deutschland recherchierte, sind die damit verbundenen Zahlen richtiggehend absurd: Die durchschnittliche Verhandlung dauert 37 Minuten, die durchschnittlich verhängte Strafe beträgt derweil 46 Jahre und eine Strafe von 332'209 Euro. Dabei werden oft jene eingesperrt, die selber auf der Flucht sind, erklärt der Bericht: «Geschmuggelte Personen selbst, einschliesslich Asylbewerber, werden systematisch wegen Schmuggels verurteilt, weil sie (angeblich) das Boot oder das Auto gefahren oder beim Fahren geholfen haben.» Diese Verfolgung von jenen, die

auf der Suche nach einem sichereren Ort sind geschieht, während die Verbrechen der griechischen Grenzschutzbehörden, obwohl weitgehend dokumentiert, ungeahndet bleiben. Dieses Unrecht bekämpfen zahlreiche Kampagnen und Netzwerke wie beispielsweise «Captains Support» – unter anderem in dem sie neben wichtiger Aufklärungsarbeit auch rechtliche Unterstützung leisten und versuchen, Menschen aus den Gefängnissen zu holen. So auch im Fall von Homayoun Sabetara. Doch das Gefängnis nagt an den Betroffenen: «Ich gebe mich meinen Tagträumen hin, träume von Freiheit. Es fühlt sich an, als würde mein Verstand immer langsamer, auf meine Gedanken folgt kein Fazit, sie drehen weiter, unaufhörlich, immer weiter im Kreis.» Das schrieb Sabetara im Januar 2023. Seither sind wieder lange Monate hinter Gittern vergangen. Höchste Zeit, sich mit aller Kraft für seine Freilassung einzusetzen: Free Homayoun.

(Ln)

Mehr Infos:

www.freehomayoun.org
Studie von Borderline-Europe
abrufbar unter:
www.borderline-europe.de

Nachruf: Marianne Benteli

Auf Wiedersehen, Marianne. Danke für alles!

Diesen Sommer haben wir mit grosser Trauer vom Tod von Marianne Benteli erfahren. Solidarité sans frontières (Sosf) konnte immer auf die Komplizinnenschaft von Marianne, ihr Engagement und ihre Auflehnung zählen. Als unsere treueste Freiwillige war sie bei Demonstrationen, Aktionen und Konferenzen stets mit dabei. Und vor allem war sie es, die die überwältigende Mehrheit der Übersetzungen von Sosf-Texten besorgte. Ihr kritischer Sinn und ihre Schärfe trieben uns immer wieder an, noch besser zu werden und uns nicht mit vagen oder allgemeinen Formulierungen zufrieden zu geben. Sie hatte einen neugierigen, aber auch analytischen und fleissigen Blick auf die Welt. Sie verfolgte das aktuelle Migrationsgeschehen und fütterte unsere politischen Überlegungen mit ihren stets treffenden und anspruchsvollen Bemerkungen. Sie erzählte uns, dass sie gerne Übersetzungsarbeit leistete, weil sie dadurch ihr Gehirn auch im Ruhestand weiter in Gang halten konnte. Uns half

ihre Arbeit dabei, unsere Überlegungen, Formulierungen und Reden zu verfeinern. Aber Marianne gab uns noch viel mehr als das. Sie erkundigte sich immer, wie es uns ging, ob wir zu viel arbeiteten oder ob wir Urlaub machten. Sie fand die richtigen Worte der Ermutigung oder des Trostes, wenn diese nötig waren.

Für all das, Marianne, sagen wir dir Danke. Wir vermissen dich jetzt schon. Wir denken ganz fest an dich und deine Familie.

(Sg)

«Für all das, Marianne,
sagen wir dir Danke.
Wir vermissen dich jetzt
schon. Wir denken ganz
fest an dich und deine
Familie.»

Frontex weiter im Blick behalten

Am 15. Mai 2022 stimmte die Stimmbevölkerung der Schweiz über die hiesige Beteiligung am Ausbau der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ab. Trotz starkem

«Umso wichtiger ist es, Frontex weiterhin auf die Finger zu schauen – und auch der Schweizer Beteiligung am gewaltvollen Wirken der grössten EU-Agentur.»

Engagement rund um die besonders von Basisorganisationen getragene NoFrontex-Kampagne, an der sich auch Sosf massgeblich beteiligte, ging die Abstimmung verloren. Über 70 Prozent der Abstimmenden stimmten dem Ausbau zu – obwohl mittlerweile weitherum bekannt ist, dass die Agentur wichtige Stütze der gewaltvollen europäischen Abschottungspolitik ist.

In den letzten Monaten bestätigte Frontex die ihr anhaftende Kritik erneut: Sie baute ihre Kooperation mit der libyschen Küstenwache weiter aus, hatte beim

Schiffsunglück vor Pylos in Griechenland, bei dem wohl über 600 Menschen starben, eine unrühmliche Rolle, die derzeit von der EU-Ombudsstelle untersucht wird. Und Frontex schaut nach wie vor an der griechisch-türkischen Landgrenze tatenlos zu, während Gruppen von Flüchtenden dort in aller Öffentlichkeit angegriffen und brutal zusammengeschlagen werden. Umso wichtiger ist es, Frontex weiterhin auf die Finger zu schauen – und auch der Schweizer Beteiligung am gewaltvollen Wirken der grössten EU-Agentur. Dafür trafen sich Vertreter:innen von Sosf, dem Flüchtlingsparlament, NCBI und der Kampagnenorganisation Campax im August zu einem Workshop. Im Zentrum dabei standen Fragen, wie die Komplizenschaft der Schweiz bei Frontex weiterhin kritisch begleitet werden kann. Aus den geführten Diskussionen entstehen hoffentlich bald erste konkrete Schritte.

(Ln)

Buch Sans-Papiers Basel

«Von der Kraft des Durchhaltens»

«Dieses Buch bedeutet für uns die Möglichkeit zu glänzen. Das helle Licht unserer Stärke zum Strahlen zu bringen durch die Selbstermächtigung, die in der Konstruktion unserer eigenen Erzählungen liegt. So entkommen wir dem Schatten, der uns zwar schützt, uns aber gleichzeitig schubladisiert und keine Rolle zugesteht.»
(aus dem Prolog)

Vier Jahre lange haben Sans-Papiers und Unterstützende zusammen ein Buch verfasst, das im Frühling 2023 unter dem Titel «Von der Kraft des Durchhaltens. Sans-Papiers erzählen ihre Wirklichkeit» erschienen ist. Das Buch enthält neben eindrücklichen und sehr persönlichen Lebensgeschichten umfangreiche Texte, die in einem kollektiven Schreibprozess entstanden sind. Sans-Papiers berichten über ihre Herausforderungen im Alltag, über ihre Erfolge, von den Schwierigkeiten im Herkunftsland bis zum Ankommen in der neuen Heimat, über Beziehungen und Familien, über politische Forderungen und wie sie sich gemeinsam in den Sans-Papiers-Kollektiven* Basel organisieren.

Mehr als 80 Menschen waren an der Entstehung des Buchs beteiligt. Ein einmaliger kollektiver Prozess, der die Diversität und Einigkeit der Sans-Papiers aufzeigt. Die Perspektiven und Geschichten, die im Buch Platz bekommen, sind so vielfältig wie die Sans-Papiers selbst.

Gleichzeitig zeigen sie auf, was Sans-Papiers verbindet: die Kraft, durchzuhalten, allen schwierigen Umständen und Herausforderungen zum Trotz.

Das Buch bietet einen tiefen Einblick in die Wünsche und Forderungen, die Sans-Papiers an die Gesellschaft stellen. Eine Gesellschaft, in der Sans-Papiers häufig versteckt sind und selten eine Stimme bekommen. «Von der Kraft des Durchhaltens» ist ein Muss für alle, die mehr über Migration und ihre Bedeutung für die Gesellschaft erfahren möchten. Dieses inspirierende Buch bietet einen einzigartigen Einblick in das Leben und Positionen der Sans-Papiers.

Sans-Papiers-Kollektive Basel

* Seit 2017 organisieren sich die Sans-Papiers in Basel in fünf Kollektiven. Es sind mehrheitlich sprachspezifische Gruppen, in denen die Vernetzung, gegenseitige solidarische Unterstützung und die politische Organisation im Vordergrund stehen.

Von der Kraft des Durchhaltens. Sans-Papiers erzählen ihre Wirklichkeit.

Herausgegeben von den Sans-Papiers-Kollektiven Basel, der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung

edition 8, 1. Auflage, 2023,
360 Seiten, 29 Fr.
(Solidaritätspreis: 39 Fr.)

Bestellung:
basel@sans-papiers.ch,
www.sans-papiers-basel.ch,
auch im Buchhandel erhältlich.
Per QR-Code:



IMPRESSUM

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich
ISSN 2673-768X
Auflage dieser Ausgabe
2500 deutsch / 600 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF
2260 deutsch / 517 französisch
Gestaltung und Satz
Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand
selva caro druck ag, Flims Waldhaus
Redaktion
Lorenz Naegeli (Ln), Sophie Guignard (Sg), Peter Frei (Pf)
Übersetzungen
Marianne Benteli, Olivier von Allmen
Lektorat **Olivier von Allmen**

Fotos
Annika Lutzke
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
25. Oktober 2023
Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen
Mitgliederbeitrag 2023 inkl. Abo:
Verdienende Fr. 70.- / Paare Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 30.- / Organisationen Fr. 120.-
Abo
Einzelpersonen Fr. 30.- / Organisationen Fr. 50.-

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Fon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch
PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

«Wir wollen einen Perspektivenwechsel!»

In einem Gespräch erzählen Ackson, Tania und Carlina*, drei Mitglieder der Sans-Papiers-Kollektive Basel, ihre Eindrücke zum gemeinsamen Buch «Die Kraft des Durchhaltens». Sie sind Mitglieder der Sans-Papiers-Kollektive Basel, die seit 2017 aktiv sind und sich gemeinsam für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Sans-Papiers einsetzen.

SOSF: Ihr seid Teil der Sans-Papier-Kollektive Basel und habt zusammen mit anderen Sans-Papiers und Unterstützer:innen ein Buch geschrieben. Wie ist es dazu gekommen?

Ackson: Wir wollten die Geschichten der Mitglieder der Kollektive erzählen, die für die Sache der Sans-Papiers kämpfen.

Tania: Vor etwa fünf Jahren haben zwei Unterstützerinnen angefangen, die Lebensgeschichten von fünf Sans-Papiers aufzuschreiben. Danach kam die Idee, dass die Kollektive zusammen ein Buch schreiben könnten, um ihre Geschichten zu erzählen. Wir fanden das eine tolle Sache, denn bisher waren unsere Lebensgeschichten nur vereinzelt erfasst und erschienen.

Carlina: Die Recherche zeigte, dass es kein solches Buch in der Schweiz gab, und wir stellten fest, dass die Geschichten und Diskurse immer von anderen und nicht von Sans-Papiers geschrieben wurden. Es ist wichtig, dass sich Menschen über unsere Erfahrungen informieren können, und was es heisst, Sans-Papiers zu sein. Wir wollten aufzeigen, dass wir starke Menschen sind.

Warum habt ihr bei diesem Buchprojekt mitgemacht?

T: Als ich vom Projekt hörte, war mir sofort klar, dass ich mitmachen möchte. Ich habe immer gern geschrieben, für mich, aber auch für Publikationen wie unserer Sans-Papiers-Zeitung.

C: Ich habe mich auch sogleich angesprochen gefühlt. Das Buch gab mir die Möglichkeit, meine Geschichte zu erzählen und zwar direkt, mit meiner eigenen Stimme.

A: Als die Idee zum Buch entstand, war ich mit vielen Migrant:innen in verschiedenen Ländern in Kontakt. So kam ich auch in Berührung mit Erfahrungsberichten und ich fand es sehr spannend, sie zu lesen. Zudem beschäftigt mich das Thema Migration schon länger und wie darüber berichtet wird. Ich selber schreibe zwar nicht gerne, aber finde es sehr wichtig, dass migrierte Menschen ihre Erfahrungen erzählen können.

Was wünscht ihr euch von den Leser:innen?

T: Für mich war es wichtig, dass das Buch einen nicht runterzieht, sondern verschiedene Gefühle auslöst, damit möglichst viele Menschen Zugang finden und lernen, wer wir sind. Gleichzeitig sollen auch Sans-Papiers angesprochen werden, die Hilfe suchen und lesen können, welche Organisationen und Menschen sie unterstützen.

C: Mit dem Buch sind wir eine Referenz geworden in der Geschichte der Sans-Papiers in der Schweiz. Und wir bieten Raum für mehr Diskurs zum Thema Migration. Wir brechen auch gängige Bilder auf, wie z.B. dass Migrant:innen gefährlich und kriminell sind. Wir können mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass wir Sans-Papiers einen Beitrag in der Gesellschaft leisten, dass wir arbeiten – und zwar viel! Und dass wir kein Unkraut sind. Wir wollen einen Perspektivenwechsel schaffen!

ANZEIGEN

widerständiger rückblick
auf eine woche voller
rassismus:
antira-wochenschau
abonnieren auf
antira.org

wir drucken
Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck
die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



A: Ja, die Gesellschaft denkt immer negativ über Migrant:innen. Für mich ist das Ziel, dass die Leser:innen sehen, dass wir einen wichtigen Teil der Gesellschaft sind. Es ist doch heuchlerisch, dass die Regierung uns negiert, gleichzeitig aber sehr viel Polizeikontrollen gegen uns macht. Wären wir von heute auf morgen nicht mehr da, dann würde das die Gesellschaft ganz sicher spüren.

«Wir können mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass wir Sans-Papiers einen Beitrag in der Gesellschaft leisten, dass wir arbeiten – und zwar viel!»

Wie fühlt es sich an, das Buch fertig in den Händen zu halten?

C: Ich bin sehr stolz! Wir haben etwas gemacht, wovon andere dachten, dass wir es nie schaffen würden: ein Buch mit über 80 Autor*innen zu schreiben! Und ich bin sehr froh, Teil davon zu sein. Wir sind Migrant:innen, die es wagen, über uns zu erzählen und zeigen, dass wir hier sind. Das macht mich hoffnungsvoll!

A: Ich bin sehr glücklich, weil mir das Projekt eine andere Perspektive gegeben hat. Ich habe sehr viel über den komplexen Prozess bei der Entstehung eines Buchs gelernt.

T: Es ist eine unvergessliche Erfahrung, mit so vielen Menschen zusammen ein Buch zu schreiben. Ich glaube, ich habe keine Worte, um die Dankbarkeit auszudrücken, die ich empfinde, wenn ich das Buch in den Händen halte!

Laura Stämmer

Vorstandsmitglied Sosf
Mitarbeiterin Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

* Name geändert

Agenda

Enough. Aktionstage zu Migrationskämpfen und anti-rassistischem Widerstand

4.-9. SEPTEMBER 2023
PARK PLATZ, ZÜRICH

Mehr Infos und gesamtes Programm:
www.aktionstage-enough.ch

Teilhabe statt Ausgrenzung

23. SEPTEMBER 2023, AB 12 UHR
BERNER GENERATIONENHAUS
BAHNHOFPLATZ 2, 3011 BERN

Konferenz zu solidarischer und zukunftsweisender Migrationspolitik von VPOD/SSP, Unia, Solinetze und Sosf
Mehr Infos auf: www.sosf.ch

Nationale Klimademo

30. SEPTEMBER 2023, AB 14 UHR
BOLLWERK 2, 3011 BERN

«Die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher sichtbar. Um das Pariser Klimaabkommen noch einhalten zu können, müssen wir jetzt handeln. Am 30. September gehen wir deswegen gemeinsam für Klimagerechtigkeit auf die Strasse.»
Mehr Infos auf: <https://klima-demo.ch/>